

Die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte und der Verein für Sozialpolitik.

Für alle — sehr groß ist ihr Kreis freilich leider nicht — die in der wirtschaftlichen Annäherung der beiden Mittelmächte eine Lebensfrage der deutschen Zukunft sehen, bedeuten die beiden Bände, die der Verein für Sozialpolitik zu Anfang des Jahres auf den Markt warf, eine schmerzliche Enttäuschung. Seit Kriegsbeginn war die Frage des Zollbündnisses zwischen den politisch und militärisch und Berdorb miteinander Verknüpften von Praktikern und Politikern hüben und drüben vielhundertfältig behandelt worden. Nun ward auch die deutsche volkswirtschaftliche Wissenschaft zu Rate gezogen: nach gelegentlichen Einzeldarstellungen aus ihrer Schicht sollte sie gewissermaßen als Gesamtheit ihr Urteil abgeben. Dieses Urteil aber war nur auf bald 1000 Druckseiten ein Bündel Bedenken in Hand gedrückt. Mitunter, wie bei dem gelehrte Scharfsinn nur aufgegeben, um eine von man möchte fast sagen, instinktives Misstrauen hinter die Zahlenreihen der Handelsstatistiken; ein Problem das zu neun Zehnteln eines praktischer Politik wurde eiskühl, dem Leben abgelehrt, ohne eine Spur Anteilnahme an den Geschehen der deutschen Volksganzheit, die sich doch nun einmal nicht auf die Grenzen unseres Reiches beschränkt, abgehandelt. Der Politiker, der nichtbeamtete, konnten mit der Mehrzahl dieser überhaupte nichts anfangen. Sie eröffneten uns keinen Blick in die Zukunft, vertieften nicht unser Urteil, nicht, wohin denn nun eigentlich die Reise gehen sollte. Sie reichten die Hemmnisse, die jedem von uns, der sich mit diesen Dingen beschäftigt hat, ohnehin vertraut waren, und brachten sie in Kategorien. Und nur die nicht kleine und keineswegs ohnmächtige Schar der Männer, die aus im einzelnen sehr verschiedenen Gründen in den Kontoren der Großbanken und der Großindustrie, hier und da wohl auch in den Amtsstuben, der wirtschaftlichen Annäherung widerstrebt, erhielt so willkommene Waffenhilfe. „Die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Nationalökonomien“ — dergleichen macht sich immer gut. Selbst im Munde von Leuten, die ansonsten die Arbeit befagter Nationalökonomien nicht übermäßig hoch zu bewerten pflegen.

Nun ist (bei Dunder u. Humblot) den ersten beiden Bänden der dritte gefolgt. Der enthält die Aussprache, die in der diesjährigen Ausschusssitzung des Vereins für Sozialpolitik zu dem nämlichen Gegenstand gepflogen wurde. Eingeleitet aber und beschlossen wird das Heft durch zwei Männer, die an der Sitzung im April nicht teilnahmen: durch eine Vorrede Gustav v. Schmollers und ein Schlusswort eines seiner Lieblingsschüler und früheren langjährigen Assistenten, des Professors an der deutschen Universität zu Prag, Arthur Spiethoff. Der 78jährige Schmoller ist immer noch jugendlicher als die Jungen und Jüngeren, die vor 15, 20 und 30 Jahren zu seinen Füßen saßen. Mit leisem Sarkasmus erinnert er die allzu Bedächtigen, die immer neue Schwierigkeiten aus ihrem Professorentalar holen, daß da nur die Argumente behaglichen Urstand feierten, die von 1828 bis 1867 auch gegen den Zollverein vorgebracht wurden: „Der Sprung von 1828 bis 1834, der Preußen mit Süddeutschland verband, war damals so schwer und so gewagt wie heute der, welcher das Deutsche Reich mit Oesterreich-Ungarn verknüpfen soll. Ein Stück Optimismus und Zukunftsglaube gehörte damals dazu wie heute. Zwei fast ganz fremde Staaten mit ganz selbständiger Geschichte und selbständigen politischen Lebensinteressen können keinen Zollverein bilden. . . . Aber Staaten, die geographisch, ethnologisch, auch vielfach sprachlich, dann nach ihren nationalwirtschaftlichen Lebensbedingungen miteinander verwachsen sind, die eine tausendjährige gemeinsame Geschichte haben, die können sich auch eine gemeinsame zollpolitische Zukunft schaffen, und sie müssen es, wenn sie vorankommen wollen.“

Arthur Spiethoff aber geht noch ein paar Schritte weiter. Er zerpflückt die aus Handelsstatistik und Wirtschafts-betrachtung geschöpften Argumente im einzelnen. Hernach aber rührt er an den Kern des Problems und nennt mit schönem Freimut ein politisches Ding, was in Wahrheit ein politisches Ding ist. Die zwingenden Gründe für den Zollverband, meint Spiethoff, bestehen in den Daseins-

bedingungen des deutschen Volkes selbst: „Wollen die Reichs-Deutschen die Deutschen Oesterreich-Ungarns dem Weg der Holländer, Blamen und Schweizer aussetzen, oder soll in Verhältnis wie zwischen Süd- und Norddeutschen herbeiführt werden? Die Vollendung liegt im Schoße einer züngerer Entwicklung, die Entscheidung fällt jetzt. Zu Beginn des Krieges erwartete man in Deutschland, der amerikanisch-japanische Gegensatz werde die Union auf Deutschlands Seite führen. Namentlich des Vorkämpfers der weißen Rasse, Roosevelt, glaubte man sicher zu sein. Die Amerikaner und Engländer und fühlen englisch, und dem kann Deutschland schlechterdings nichts entgegenstellen. Die Welt bietet für Deutschland nur einen ähnlichen Stützpunkt: die Deutschen in Oesterreich-Ungarn. Die Verbindung mit der Nachbarmonarchie darf deshalb nicht ausschließlich mit Augen ange- sehen werden, denen die handelspolitischen Ausbeutungsfähig- keiten des Marktes als Wertmaßstab gelten. Ein völkischer Gewinn und eine weltgeschichtliche Entwicklung steht in Frage. Eulenburg, hatte man fast die Empfindung, als würde aller- die selbst handelspolitische Gegenwartsopfer kein zu teurer Einsatz wären.“

Wobei noch zu bemerken sein wird, daß hier kein Deutsch-Oesterreicher zu uns spricht. Professor Spiethoff ist ein Berliner Kind. Über er von Geburt Reichsdeutscher, ist ein Berliner Kind. Über er gehört erfreulicherweise nicht zu jenem Top von Professoren, die nach ein paar in frostiger Abgeschlossenheit auf österreichischen Hochschulen verbrachten Semestern ins Reich zurückehren und sich von Stund an als Experten vernehmen lassen, und von oben herab über die Lebensbedingungen des deutschen Volkes in Oesterreich aburteilen. Sie begreifen zu lernen sie sich niemals auch nur schüchterne Mühe gaben. . . .

Dr. Richard Bahr.